

Axel Freimuth | Michael Stückradt | Georg Kiefer  
Jürgen W. Falter | Bernhard Kempen | Volker Wolff

*„Zweck der Stiftung ist es, durch Wissenschaft und Bildung einen friedlichen Beitrag zur Verbreitung und Vertiefung demokratischer Ideen zu leisten.“ (Paragraph 2, Absatz 1 der Satzung der Stiftung)*

## Standpunkt

Prof. Dr. iur. Bernhard Kempen, Universität zu Köln

Der Frühling kann auch eine ganz und gar verregnete Jahreszeit sein. Als der arabische Frühling im Dezember 2010 in Tunesien ausbrach, der sich dann auf Libyen, Ägypten und Syrien ausdehnte und auch vor Marokko, Algerien, Jordanien, Jemen, Kuwait und weiteren Staaten nicht halt machte, glaubten viele im Westen, nun beginne in den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten und im Nahen Osten ein neues, ein demokratisches Zeitalter. Doch weit gefehlt. Die Vorgänge in Tunesien, Libyen, Ägypten, und Syrien zeigen vor allem eines: wie uninformiert, wie leichtgläubig, wie naiv der Westen war, mit dem Sturz der alten, undemokratischen Regime die Hoffnung auf neue, demokratische Regime zu verbinden.

Der arabische Frühling ist kein sonnendurchfluteter Auftakt in einem langen politischen Jahresreigen, sondern eine westliche Projektion. Projiziert wird die Vorstellung, massenhafter Protest auf den Straßen und Plätzen finde denkwürdig im Zeichen von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie statt, so als wiederholten sich die Revolutionen der politischen Aufklärung des 18. und 19. Jahrhunderts in Europa nur temporal und territorial versetzt. Diese Fehlannahme ist Folge einer jahrhundertelangen europäischen und transatlantischen Sozialisation, die wie jede Sozialisation tendenziell unempfindlich macht für neue soziale Muster. Gelegentlich werden dann, wie zuletzt übrigens angesichts der immer noch andauernden Straßenaufstände der alten Geld- und Bürokratieelite gegen die demokratisch legitimierte Regierung in Thailand, schmerzhaft Lernprozesse erforderlich. Nicht jede Umwälzung steht für eine Wende zum Besseren, nicht jede Revolution für einen Sieg der Freiheit.

An die Stelle des viel zu spät als Despot identifizierten Mubarak tritt der frei gewählte Muslimbruder Mursi, der mit Hilfe des Militärs nach einem Jahr des Amtes enthoben und heute als Chef einer terroristischen Vereinigung verfolgt wird. Am symbolträchtigen Tahrir Platz in Kairo kehrt keine Ruhe ein.

Projektionen als Trugbilder zu erkennen mag schmerzhaft sein, noch schmerzhafter wäre es allerdings, im blinden Glauben an den status quo jede Veränderung kategorisch abzulehnen. Verdrängung ist keine erfolgreiche Strategie. Die Lehre aus der Arabellion lautet nicht, dass der Westen mit dem ancien régime der arabischen Staatenwelt besser gefahren und deshalb gut beraten sei, künftig lieber den despotischen Machthabern helfend zur Seite

zu stehen. Sie lautet schon gar nicht, den universellen Geltungsanspruch völkerrechtlich gewährleisteter Menschenrechte religiös oder kulturell zu relativieren.

Aus der Arabellion ist zweierlei zu lernen. Erstens, dass die Gefährdungssituation, in der sich die individuellen Menschenrechte (Recht auf Leben, Recht vor willkürlichem Freiheitsentzug, Folterverbot etc.) befinden, im Kern überall, von Tansania bis Ungarn, von China bis in die USA und eben auch von Tunesien bis Syrien, die selbe ist und viel mehr getan werden muss, um diesen Rechten zu Wirksamkeit zu verhelfen, dass aber andererseits die politischen Partizipationsrechte (Recht auf Selbstbestimmung, aktives Wahlrecht etc.) inhaltsunabhängig und kontextabhängig ausgeübt werden und ihre Wahrnehmung keineswegs in jedem Fall zu einer freiheitlichen Ordnung führen muss. Das spricht nicht gegen die Existenz von politischen Partizipationsrechten, verlangt aber von der restlichen Staatengemeinschaft einen Vertrauensvorschuss mit erheblicher Frustrationstoleranz. Zweitens, dass staatliche Souveränität weniger ein Status, denn ein Auftrag ist.

Der Auftrag lautet, eine menschenrechtskonforme Ordnung herzustellen. Die Nicht- oder Schlechterfüllung des Auftrags kann die übrige Staatengemeinschaft nicht unberührt lassen. Die Durchsetzungsmechanismen sind fortzuentwickeln. Die Mitwirkungsrechte eines Staates, der an der Souveränitätsaufgabe scheitert, in der internationalen Ordnung, respektive in den Vereinten Nationen, dem IMF, der WTO, sollten zeitlich suspendiert sein. Vielleicht kommt nach einem misslungenen Frühling dann irgendwann ein strahlender Sommer.

## Was war?

### Demokratie-Camp 2013

Vom 02.-05.09.2013 fand das erste von der Stiftung veranstaltete „Demokratie-Camp“ in Köln statt.

Danziger und Kölner Studenten setzten sich in dieser Zeit intensiv mit dem Thema „Plebiszitäre Demokratie – wie viel Volksgesetzgebung braucht eine Demokratie?“ auseinander.

Den Abschluss bildete eine gemeinsam mit dem Verein „Mehr Demokratie e.V.“ ausgerichtete Podiumsdiskussion zu dem Thema „Demokratiebaustelle Deutschland? – Volksentscheide im europäischen Vergleich“, an der neben Direktkandidaten zum Bundestag auch die Studenten aktiv mitwirkten.

### Stiftungspreis 2014

Auch diesmal sind zahlreiche Bewerbungen für den diesjährigen Stiftungspreis der Demokratie-Stiftung eingegangen.

Der Gewinner wird in absehbarer Zeit bekanntgegeben.

### Tagungsband Literalität und Partizipation

Im Februar wurde der zweite Tagungsband der Schriftenreihe der Demokratie-Stiftung veröffentlicht.

Die Tagung zu dem Thema „Literalität und Partizipation“ wurde im März 2012 von der Humanwissenschaftlichen Fakultät in Kooperation mit der Demokratie-Stiftung veranstaltet.

## Was wird?

### Demokratie-Diskutiert

Am 28.04.2014 wird die zweite Auflage der Veranstaltungsreihe „Demokratie Diskutiert“ zu dem Thema „Überwachung durch Sicherheitsbehörden – Schutz oder Aushöhlung der Demokratie?“ stattfinden. Die Veranstaltung beginnt um 18.00 Uhr im Neuen Senatssaal im Hauptgebäude der Universität zu Köln. Als Diskutanten konnten wir Herrn Wolfgang Albers, Polizeipräsident in Köln, und Herrn Peter Pauls, Chefredakteur des Kölner Stadt Anzeigers, gewinnen. wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Demokratie zu fördern. Der Preis wird jährlich vergeben und ist mit bis zu 2.500 Euro dotiert.

### Demokratie-Camp 2014

Ende Juli findet zudem ein weiteres „Demokratie-Camp“ statt, an dem neben Studierenden aus Köln weitere Studenten aus ganz Europa eingeladen sind teilzunehmen.

Thema des diesjährigen Camps ist „Demokratisches Europa – Defizite und Lösungsansätze“.

Wie bereits im letzten Jahr sollen die Teilnehmer neben Vorträgen qualifizierter Referenten sich in Workshops eigenständig mit der Thematik aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln auseinandersetzen.

Auch dieses Jahr soll der Abschluss des Camps von einer abendlichen Veranstaltung gekrönt sein. Weitere Informationen hierzu folgen in Kürze.

## Wer sind wir und was wollen wir?

Die Demokratiestiftung der Universität zu Köln ist eine nichtrechtsfähige Stiftung mit Sitz in Köln. Träger der Stiftung ist die Universität zu Köln als selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Die Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen friedlichen Beitrag zur Verbreitung und Vertiefung demokratischer Ideen zu leisten. Als wissenschaftliche Grundlage dient das von ihr entwickelte Stiftungskonzept, das im Einzelnen auf der Homepage unter [www.demokratie-stiftung-koeln.de/stiftung/stiftungskonzept/](http://www.demokratie-stiftung-koeln.de/stiftung/stiftungskonzept/) einzusehen ist.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die Demokratie-Stiftung zum Ziel, die Idee der Demokratie in einem globalen Kontext zu fördern. Sie tut dies, indem sie mit verschiedenen Projekten vor allem Wissenschaft und Bildung unterstützt. Ziel ist eine verstärkte Information und Kommunikation über die mit der Demokratie als politischer Organisationsform verbundenen Chancen und Herausforderungen.

Impressum: Demokratie-Stiftung der Universität zu Köln | Albertus-Magnus-Platz | 50923 Köln | Tel.: 0221/ 470-5644

E-Mail: [demokratie-stiftung@uni-koeln.de](mailto:demokratie-stiftung@uni-koeln.de) | Internet: <http://www.demokratie-stiftung-koeln.de> | V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Bernhard Kempen